

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Offenburger Nachrichten. 1887-1887 1887

57 (25.5.1887)

Offenburger Nachrichten.

Anzeigeblatt für Offenburg und Umgebung.

Die „Offenburger Nachrichten“ erscheinen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis 50 Pf. monatlich. Inserate pro Zeile 10 Pf., bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Nr. 57.

Offenburg, Mittwoch den 25. Mai

1887.

Submission.

Die Stadtgemeinde vergibt die Herstellung der Dohsenanlage und des Trottoirs für die Weingärtnerstraße und zwar:

	Anschlag
1. Grabarbeit	72 M. 80 Pf.
2. Lieferung und Legen der Rohre	503 „ 80 „
3. Maurerarbeit	106 „ — „
4. Schieferarbeit	39 „ — „
5. Pflasterarbeit	134 „ 40 „

Uebernahtangebote sind bis zum 31. d. M. bei uns einzureichen. In denselben ist die Summe zu benennen, um welche die Arbeit oder Lieferung übernommen werden will. Kostenüberschlag liegt auf.

Offenburg, den 21. Mai 1887.

Gemeinderath.
F. Volk.

Miltner.

Offenburg.

Großer Ausverkauf im Gasthaus zu den 3 Königen

von:

Kleiderstoffen, Bettzeugen, Bettdrille, Hemden-
cretonne, Kleidercretonne, Pique, Damast, Tisch-
und Handtüchern, Leinwand, Bodenläufern,
Teppichen

und vielen hier nicht genannten Artikeln weit unter
den Fabrikpreisen.

Der Verkauf dauert nur einige Tage.

Nähmaschinen,

bestes Fabrikat, mit den neuesten Verbesserungen,
empfiehlt bei fünfjähriger Garantie

C. Zimmermann, Mechaniker,

0.5 Offenburg, Bahnhofstr. neben dem Engel.

NB. Reparaturen werden rasch und billig ausgeführt.

Lehrjungs-Gesuch.

Ein anständiger, kräftiger, junger
Mensch mit guten Zeugnissen, der
Lust hat, die Schreinererei zu er-
lernen, kann unter günstigen Be-
dingungen sofort eintreten.

Auch 2 Schreinergehilfen finden
dauernde Beschäftigung bei
J. Schulle, Möbelschreiner,
3.2 Offenburg.

Rittleder-Gröme,

Leder-Appretur,

Schweizer Wichse,

Schuhschmiere,

Lederfett,

bei **Philipp Müller,**
Hauptstraße.

Dr. Löwenstamms Puritas la.

gibt grauen Haaren und Bärten
schon nach wenigen Tagen die
ursprüngliche dunkle Farbe wieder,
reiniht den Haarboden und beför-
dert den Haarwuchs. (2 Mk. 50
Pfg. per Flasche). Franko zu
haben bei **G. Bäck, München,**
Salvatorstraße 3. 10.7

Strebel-Tinte

in vorzüglicher Qualität empfiehlt

Herm. Hambrecht's Buchhandlung

F. Reaale. 0.6

Loose

à 2 Mk. (nach Auswärts mit Porto
2 Mk. 10 Pf.) zu der am 3. Juni
d. J. stattfindenden Ziehung der
**Offenburger Pferdemarkt-Lot-
terie** sowie **Freiburger Gewerbe-
ausstellungs-Loose** à 1 Mk. sind
in der Expedition dieses Blattes zu
haben.

Versteigerungen.

Offenburg.

Dienstag, 14. Juni, halb 11 Uhr, im Rathhaus, aus dem Nachlasse der Franz Xaver Molsch Wittwe: Bohnhaus in der Steinstraße, tax. zu 24,000 M.

Böhlbach.

Donnerstag, 26. Mai, 1 Uhr, im Rathhaus, durch die Gemeinde: die Lieferung von 100 Kubm. Rheinkies.

Windschlag.

Donnerstag, 26. Mai, halb 2 Uhr, bei der Stierstallung, durch die Gemeinde: 1 Haufen Dung.

Durbach.

Montag, 13. Juni, halb 11 Uhr, im Rathhaus, aus dem Nachlasse des Kaufmann Xaver Geiler, Bohnhaus, Ackerfeld, Wiesen u. Reben, tax. zu 5170 M.

Oppenau.

Freitag, 27. Mai, 3 Uhr, im Rathhaus, durch die Gemeinde: 1 fetter Farren.

Gausach.

Donnerstag, 26. Mai, 5 Uhr, am Plage selbst, durch die Gemeinde: das Auffüllen und Planiren der Einbrüche im rechten Kinziqvorland, auf dem Hasenfeld.

Holzversteigerungen.

Durch die Gemeinde Schiltach am 31. Mai, 10 Uhr, im Rathhaus (613 Stämme Langholz).

Heugras-Versteigerung.

Durch die Großh. Wasser- und Straßenbauinspektion Offenburg, den Heugrasertrag der Kinzigdämme und Vorländer: am 26. Mai, 8 Uhr, von der Steinacher Brücke bis zur Gengenbacher Brücke (bei schlechter Witterung um 10 Uhr in der Sonne in Biberach); am 27. Mai, halb 8 Uhr, von der Gengenbacher Brücke bis zum Offenburger großen Teich (bei schlechter Witterung um 9 Uhr im Rebstock in Ohlsbach); am 28. Mai, 8 Uhr, vom Offenburger großen Teich bis zur Griechheimer Brücke (bei schlechter Witterung um 9 Uhr in der Sonne in Offenburg).

Zwangsversteigerungen.

Oberkirch.

Donnerstag, 26. Mai, 8 Uhr, vor dem bad. Hof: 1 Gewehr,

Spiegel, Kopfschnitzereien, Leintücher, Handtücher, 1 aufgerüstetes Bett und noch Verschiedenes.

Lautenbach.

Donnerstag, 2. Juni, 2 Uhr, im Rathhause, dem Anton Bohnert: Bohnhaus, Ackerfeld, Wiesen, Reben und Wald, tax. zu 9500 M.

Submissionen.

Offenburg.

Die Spinneret u. Weberei vergibt die Arbeiten zur Herstellung größerer neuer Fabrikgebäude. Pläne und Kostüberschläge liegen bei Architekt Armbruster hier zur Einsicht auf. Angebote sind bis zum 28. Mai, Abends 6 Uhr, bei der Spinneret und Weberei abzugeben.

Regelschurst.

Dienstag, 31. Mai, im Rathhause, durch Gr. Kulturinspektion Namens der beth. Gemeinden: die Lieferung von Bruchsteinen, grobem Kies, sowie Erd- und Pflasterarbeiten, im Anschlag von 663 M.

Sand in die Augen!

In der Schweiz ist bekanntlich ein sogenanntes Branntweinmonopol mit 252,000 Stimmen in unmittelbarer Volksabstimmung und zwar unter lebhaftem Eintreten der schweizerischen Demokratie für die Genehmigung des Gesetzes angenommen worden. Es versteht sich von selbst, daß sich die reaktionären Blätter in Deutschland, die „Kölnische Zeitung“ voran, diesen „günstigen Zufall“ nicht entgehen lassen, um denjenigen deutschen Parteien etwas am Zeuge zu flicken, welche der staatlichen Unterstützung der großen Schnapsbrenner nicht die nöthige Begeisterung entgegenbringen. Da heißt es, dem deutschen Radikalismus komme an „Verbissenheit und Kurzsichtigkeit“ keiner gleich; die demokratische Schweiz fühle sich durch ein Staatsmonopol nicht beengt, nur in Deutschland solle ein Monopol mit der Freiheit unerträglich sein und so weiter.

Es ist kaum nöthig zu sagen, daß dieses reaktionäre Gerede dazu dienen soll, dem Volke den nöthigen Sand in die Augen zu streuen, damit es sich zur höheren

Ehre des Junkerthums ruhig über den Löffel barbieren lasse. Wir wollen ganz von dem tieferen, grundsätzlichen Gesichtspunkte absehen, daß nämlich eine Verstaatlichung bisher privater Industriezweige in einem Staate, in welchem das Volk selbst über seine Geschicke entscheidet, ein ganz anderes Aussehen gewinnt, als in einem Staate, der noch ganz in der bureaukratisch-junkerlich politischen Zwangsjacke steckt. Ein Monopol in der Schweiz würde so ziemlich entgegengesetzte politische und soziale Folgen haben, als im deutschen Reiche, und unter gegebenen Umständen könnte man genau aus denselben Ueberzeugungen heraus ein schweizerisches Monopol befürworten und ein deutsches Monopol bekämpfen. Darin eine „Kurzsichtigkeit und Verbissenheit“ sehen zu wollen, nur weil es sich hier um ein „Monopol“ und dort auch um ein „Monopol“ handelt, würde entweder auf die gedankenloseste Wortspielerei oder aber auf jenen abgeschmackten Bauernfang hinauslaufen, welcher jede „Staatshilfe“ eben nur um dieses Wortes willen und gleichviel ob nothleidenden Arbeitern oder bankrotten Junkern aus dem allgemeinen Säckel „geholfen“ werden soll, als „volksfreundlichen Byzantismus“ aufzuschminken bemüht ist.

Von dieser allgemeinen und grundsätzlichen Auffassung der Frage dürfen wir aber völlig absehen, da das Branntweinmonopol in der Schweiz überhaupt gar keine Vergleichspunkte mit dem für das Deutsche Reich geplant gewesenem Branntweinmonopol bietet. Das schweizerische „Monopol“ ist kaum etwas anderes als eine Verbrauchssteuer, zu deren Erhebung aller Alkohol durch die Hände des Bundes in den freien Verkehr gelangen muß, was bei den lächerlich kleinen Mengen, um die es sich dabei handelt (der ganze Verbrauch der Schweiz wird auf 120,000 Hektoliter angeschlagen, d. h. den vierzigsten Theil der deutschen Produktion) sich ohne große Weislaufigkeit bewerkstelligen läßt, während ein eigentliches

Brennereigewerbe in deutschem Sinne in der Schweiz überhaupt nicht besteht, da der Brennbetrieb fast ausschließlich landwirthschaftlicher Kleinbetrieb ist.

In der Schweiz läßt man die geübten Genuß- und Nahrungsmittel von Auflagen frei und besteuert den Branntwein, was nicht nur die Bundesfinanzen stärkt, welche zum Glücke des Landes für sehr viel nützlichere Zwecke verwandt werden können, als für Heeresausgaben, sondern was auch sittlich wohlthätige Wirkungen für die große Masse des Volkes haben muß. Im Deutschen Reiche aber werden erst alle anderen Lebensmittel vertheuert, und nachdem somit die ärmeren Volksschichten auf den billigen Branntwein als letztes Genußmittel zurückgedrängt sind, belastet man auch diesen mit einer hohen Steuer, von deren Ertrag ein sehr erheblicher — nach dem neuen Branntweinsteuergesetz der vierte — Theil alljährlich in die Taschen der Schnapsbrennenden Großgrundbesitzer wandern soll.

Zwischen diesen beiden Maßregeln irgend eine andere, als eine rein äußerliche und deshalb in keiner Weise maßgebende Ähnlichkeit zu erblicken, ist wirklich nur derselbe gewöhnliche Bauernfang, welcher seiner Zeit den Stöcker zu der glorreichen Entdeckung veranlaßte, Arbeiterschutz und Schutzzoll sei ein und dasselbe.

S Offenburg, 24. Mai. (Weinmarkt.) Ausgestellt waren etwa 200 Sorten Weiß- u. Rothweine des benachbarten Geländes und einige Marktgräser und Kaiserstühler, Jahrgänge 1883—1886, 1 Sorte 1881. Besucht war der Markt von Käufern ziemlich gut, nur die Württemberger, die sonst zahlreich den hiesigen Markt besuchten, fehlten ganz. Kauflust anfangs gering. Es wurden als verkauft angemeldet 26 Posten mit zusammen 212½ Hektoliter zum Betrage von 16,204 Mk. Die Preise variiren zwischen 50 und 160 Mk. per Hektoliter. Die Nachfrage nach geringeren Weinen in der Preislage von 35 bis 45

Mk. war stark; jedoch waren solche Qualitäten von Produzenten nicht ausgestellt.

Aus Baden, 22. Mai. Es gilt jetzt für gewiß, daß der außerordentliche Landtag wegen der Eisenbahnen in der zweiten Hälfte des Juni zusammentreten und auch die Branntweinsteuer, die bis dahin im Reichstage erledigt sein wird, berathen wird. Auch bei den etwas später stattfindenden Neuwahlen für den Landtag gedenken die Nationalliberalen mit den Konservativen, ebenso wie früher bei den Reichstagswahlen, zusammen zu gehen. Die konservativ „Landpost“ hat erst kürzlich der katholischen Volkspartei eine Art Absagebrief geschrieben und sie getadelt, daß sie in neuerer Zeit stets mehr und mehr mit den Demokraten Hand in Hand gegangen wäre.

Berlin, 23. Mai. (Reichstag.) Eine Reihe von Wahlprüfungen wird nach den Kommissionsanträgen erledigt. Auch die Wahl Sabor's und Fieser's wird für gültig erklärt.

Der deutsche Kronprinz leidet an einem schlimmen Halsübel und wurde gestern in London erfolgreich operirt.

— **Die französische Ministerkrise** ist noch in der Schwebe. Der Präsident scheint nun von Herrn Floquet die Lösung der Kabinettsbildung zu erhoffen. Grevy beauftragte Floquet, einen neuen Versuch bei Freycinet zu machen, um ihn zur Uebernahme der Regierung zu bewegen. Grevy konsultirte auch den Senator Duclerc. In der Kammer zirkulirte in Folge dessen das Gerücht von einem Geschäftsministerium Duclerc. — Die Kammer vertagte sich auf Donnerstag, der Senat auf unbestimmte Zeit. — „Paris“ beschuldigt Grevy, durch seine eigensinnige Vorliebe für Freycinet und seine Abneigung gegen andere Staatsmänner die Krise verlängert zu haben. — Boulanger läßt durch die „Ag. Havas“ erklären, daß er keine öffentlichen Adressen annehmen könne. — Eine offiziöse Berliner Zeitschrift der „Pol. Corr.“ führt aus, in den politi-

schen Kreisen von Berlin erscheine die militärische Capacität Boulanger's nicht als sonderlich bedenklich; sein Verbleiben im Kriegsministerium werde daher eher gewünscht als gefürchtet; Boulanger's Experimente seien eine Gewähr dafür, daß Frankreich, so lange er an der Spitze der Armee stehe, seine alte finanzielle Machtstellung nicht wieder erringen werde; Boulanger's Eitelkeit, die ihn Alles, was er zu thun beabsichtigt, an die große Glocke schlagen läßt, sei eine Garantie dafür, daß von seiner Seite keine Ueberraschungen bevorstehen. — Floquet unterließ sein Vorhaben. Es soll ein provisorisches Cabinet Duclerc ohne, oder Cabinet Deves mit Boulanger gebildet werden.

— In Paris war gestern Deputirtenwahl. Mesureur (Radikaler) erhielt 220,000 Stimmen, Boulanger, der nicht wählbar ist, 38,000.

— **Die Arbeiterbewegung in Belgien.** Ueber die großen Streiks in Belgien lauten die thatsächlichen Berichte einigermaßen widersprechend; nach den einen sollen dieselben eine geringere, nach den anderen eine größere Ausdehnung haben, als die vorjährigen Arbeitseinstellungen in demselben Lande. Es kommt wenig darauf an, denn die Thatsache, daß die Dinge in Belgien sich mehr und mehr auf die soziale Revolution zuspitzen, und zwar allein durch die sozialpolitische Unfähigkeit der Regierung und der besitzenden Klassen, steht fest, gleichviel, wie weit diese Entwicklung im gegenwärtigen Augenblick gebiehet ist. Vor einem Jahre, anlässlich der Arbeiterunruhen in dem Kohlenbecken von Charleroi, haben wir eine Reihe von amtlichen und wissenschaftlichen Zeugnissen dafür angeführt, daß seit einem halben Jahrhundert die belgische Arbeiterbevölkerung in den elendesten Zuständen lebt, an denen nichts zu bewundern ist, als daß sie von lebenden Menschen so lange Jahrzehnte gedulbig ertragen worden sind; die Unruhen des vorigen Jahres gaben der belgischen Regierung dann noch

einen deutlichen, und zwar um so deutlicheren Wink, als die amtlichen Untersuchungen über die Ursachen der damaligen Streiks die vollste Berechtigung der von den Arbeitern erhobenen Beschwerden ergeben und überhaupt eine Nothlage innerhalb des belgischen Proletariats aufgedeckt haben, die jede Regierung von nur einigem Pflichtgefühl zur schleunigsten Inangriffnahme der in Belgien bekanntlich ganz verwahrlosten Fabrikgesetzgebung angespornt haben würde. Wenn das belgische Ministerium trotzdem nach „berühmten Mustern“ in Sachen des Arbeiterschutzes nichts that, wohl aber die notwendige „Sozialreform“ mit der Einführung von Fleisch- und Getreidezöllen begann, so hat zwar diese glorreiche Sozialpolitik das ihr von der „Nordb. Allgem. Zeitung“ gespendete Lob in vollem Maße verdient, aber sie macht im Uebrigen die belgische Regierung vor der ganzen gesitteten und sittlich denkenden Welt allein verantwortlich für die dort wiederum ausgebrochenen Arbeiterunruhen, die drohenden Vorboten der sozialen Revolution. Geheilt wird diese Verantwortung allein von der belgischen Volksvertretung, die in Wirklichkeit bekanntlich (einerlei ob liberal oder ultramontan) nur eine Vertretung der besitzenden Klassen ist. Die „Frankf. Ztg.“, die übrigens nicht tendenzlos bedient wird, berichtet vom 21. Mai: Im Borinage gewinnt die Streikbewegung einen gewalthätigen Charakter. In Trivieres wurde vergangene Nacht versucht, drei Häuser von Arbeitern, die noch in Gruben arbeiteten, mittelst Dynamit zu sprengen. Aus Cuesmes rückte heute Morgen ein mit Revolvern bewaffneter Haufe aus und versuchte unter Bedrohung der Direktoren mit der Waffe, die Arbeit in den Phosphatfabriken von Heidet und Rolland aufzuhalten. Die Gensdarmen zerstreute die Leute und verhaftete drei. Zwei Züge mit Truppen wurden nach Cuesmes gesandt, wo der Bürgermeister Ansammlungen von mehr als 5 Personen

verbot. Im Centre steuert die Bewegung bestimmten politischen Zielen zu. Die Arbeiterliga von La Hestre beschloß die Absendung von drei Delegirten an die Direktoren der Zechen und Hochöfen, damit die Industriellen bei der Regierung behufs Erlangung des allgemeinen Stimmrechts eine Amnestie und Zurückziehung der Viehzölle interveniren. Auch im Charleroi-Bezirk, wo ein neuer Strike ausbrach in Nordmarcinelle, wird das allgemeine Stimmrecht und Lohnverbesserung verlangt. Eine Telefonmeldung der „Stoile Belge“ aus La Louviere signalisirt eine unerwartet schnelle Ausbreitung der Streikbewegung im Borinage, wo in sieben Zechen die Arbeit eingestellt ist. Eine weitere Ausdehnung des Streiks wird befürchtet. In Marimont (Centre) streiken jetzt 3000 Arbeiter. Im Charleroi-Bezirk verständigen sich die Arbeiter durch schriftliche Afsichten. Anstatt für Beseitigung der Uebelstände bedacht zu sein, sucht man nach der Organisation der Arbeiter, spürt nach Verschönerungen, hält Hausfuchungen, nimmt Verhaftungen vor und läßt Säbel und Flinte in Aktivität treten. Die Wirkung dieser Verfolgungen ist — der Ansicht eines Correspondenten der „Reform“ zufolge — eher geeignet, die Gefahr zu vergrößern, als zu beseitigen und eine Aufstandsbewegung da hervorzurufen, wo bisher nur eine durch Erbitterung hervorgerufene Streikbewegung ohne bestimmtes Ziel existirte. Wie dem auch sei, die Parquets der beiden Hauptstädte des Hennegaus handeln seit einigen Tagen, gleichzeitig mit den wachsenden Truppenbewegungen und unaufhörlichen Polizeianordnungen, mit rücksichtslosem Eifer. Am Dienstag fanden in den Lokalen der Arbeiter Ligen von Chatelineau und anderer Gemeinden Hausdurchsuchungen statt, während gleichzeitig in La Louviere in den Wohnungen Looi's und Conreur's Schriften und angeblich auch Waffen mit Beschlagnahme belegt wurden. Tags darauf erfolgten neue

Hausdurchsuchungen in den Wohnungen von vier Mitgliedern der Kooperativ-Bäckerei von Frameries (Borinage), der dem Comite dieses Vereins angehörigen Arbeiter Maroille, Arzaai, Desterchin und Audin. Das Parquet vermutete eine Waffensendung von La Louviere nach Frameries; die Untersuchung ergab jedoch nichts Verdächtiges. Dann erfolgte die Verhaftung der beiden „Lientenants“ De Fuisseau, Thomas und August Dumonceau, in ihrer Wohnung in Mont-Sainte-Aldegonde. Am selben Tage fand in Brüssel eine resultatlose Hausdurchsuchung bei einem gewissen Minne statt, der in den Meetings im Hennegau häufig als Redner auftritt. Während diese gerichtlichen Maßnahmen erfolgen, breitet sich die Streikbewegung weiter aus. Die Ligen von Morlanwelz und La Hestre haben in Meetings gleich den Arbeitern in La Louviere sich für die „grève noire“ erklärt und Aehnliches berichten die Blätter aus dem Charleroi-Bezirk, wo man sich aufs Aeußerste erbittert über die Sterilität der Gesetzgebung für die Arbeiter wie über die befürchtete Fleischvertheuerung zeigt. — Die letzten Nachrichten aus dem Hennegau geben als Ergebnis der zahlreichen Meetings die Ausbreitung eines allgemeinen Streiks im Charleroi- und Lütticher Bezirk an. In Charleroi trat Abends 10 Uhr die Bürgerwehr unter Waffen während das Schöffengericht und Parquet in Permanenz sind. — In Seraing beschloß ein großes Meeting allgemeinen Strike. Der Bürgermeister verbot dort Ansammlungen und rothe Fahnen. — Die Bürgerklasse im Hennegau beginnt Partei zu ergreifen für die politischen Forderungen der Arbeiter.

Sie ist keine Parkbohle. Die in Weimar erscheinende Zeitung „Deutschland“ enthält folgende Ehrenerklärung: Ich bedauere zu diesem Dienstmädchen Luise Pönitz hier gesagt zu haben: „Sie sind eine Parkbohle“, und nehme diese Aeußerung als unwahr zurück. Adolfsine Koch.

Briefkasten der Redaktion. Herrn G. in D. Ist in dieser Form für unser Blatt nicht geeignet.

U

Die „D

Nr. 5

Di
d. W.,
und Be
und F
Df

Di
anlage

1
2
3
4
5

Ueber
reichen.
Arbeit
liegt au
Df

3 3



großen

befahr
zum K
gehen
M

B

fertig g
wahl a
Man
à 20
von

Sa